

Dieses Heft enthält jede Woche Sonntagsblätter. Preis von 10 Pfennig durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellenanzeigen 50 Pfennig, sonstige Anzeigen nach Vereinbarung.



Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Borch.

Druck von E. H. G. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Abbestellen und Expedition: Hannover, Alsterstraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

An unsre Mitglieder und Verbandsfunktionäre.

Der Waffenstillstand ist abgeschlossen, die Demobilisierung ist im Gange, der Friede naht. Der Verband ist aufrechterhalten, er hat seine Aufgaben während der Kriegszeit erfüllt, so gut es ging, die zurückgebliebenen Mitglieder haben ihn ausgebaut und gestärkt. Ueber 120 000 Kollegen und Kolleginnen sind ihm heute angeschlossen, 13 000 vom Heeresdienst entlassene Kollegen haben sich wieder unter seine Friedensfahne geschart. Die Klassenverhältnisse sind geordnet, der Verband ist gerüstet für die Friedensarbeit.

An alle jetzt vom Heeresdienst entlassenen Mitglieder geht erneut die Aufforderung und Mahnung: Schließt Euch wieder an, veräumt die Anmeldung nicht, sorgt wieder wie vor dem Kriege für Einheit und Geschlossenheit im Verband. Die vor der Militärzeit geleisteten Marken werden angerechnet, wenn die Anmeldung innerhalb 14 Tagen erfolgt. Wartet nicht, Eile tut not und liegt im Interesse der einzelnen Mitglieder wie auch der Gesamtorganisation. Die Kollegen und Kolleginnen, alle Mitglieder und alle Funktionäre sollen die Zurückkehrenden auf diese Anmeldung hinweisen, damit keiner verloren geht.

Der Verbandstag in Hannover fasste mit großer Mehrheit folgenden Beschluß: Der Vorstand soll sofort nach Friedensschluss prüfen, ob und in welchem Umfange eine Unterstützung der Ausgesteuerten eingeführt werden kann. Diese Prüfung ist eingeleitet, mit Rücksicht auf die heute noch gar nicht zu überschendenden Wirkungen der Demobilisierung und die neuen angekündigten Gesetze über Arbeitslosenunterstützung aber noch nicht entschieden. Auf alle Fälle wird der Verband und seine Vertretung bestrebt sein, die Folgen des Krieges zu mildern, soweit das im Rahmen des Verbandes möglich ist.

Auf zahlreiche Anfragen teilen wir mit, daß die Weihnachtsunterstützung für dieses Jahr abgelehnt ist. Die Umfrage des Vorstandes wurde von 184 Zahlstellenleitungen beantwortet. Davon haben sich 9 unentschieden ausgesprochen, 60 mit einer Mitgliederzahl von 26 000 haben sich für die Gewährung einer solchen Unterstützung und 115 mit 60 000 Mitgliedern haben sich dagegen ausgesprochen. Das war schon vor dem Friedensangebot, heute sprechen noch viel mehr Gründe für die ablehnende Stellung die er 115 Zahlstellen. Mit Rücksicht auf diese Ablehnung, auf die noch gar nicht abzusehenden Folgen der Demobilisierung und auf die vom Verbandstag gewünschte außerordentliche Unterstützung der Ausgesteuerten ist der Vorstand dem Votum der 115 Zahlstellen beigetreten und hat von einer Weihnachtsunterstützung Abstand genommen.

Obwohl wir seit mehreren Wochen unter der Papiernot leiden, werden wir bestrebt sein, den „Proletarier“, wenn auch in noch kleinerem Umfange als bisher, herauszugeben. Sollte uns das nicht möglich sein, dann werden wir, wenn nötig, die Zahlstellenleitungen durch Rundschreiben unterrichten. Die Kassierung der Beiträge darf deshalb nicht unterbleiben, sie muß dann ohne Abgabe des „Proletariers“ vorgenommen werden. Rückstände sollen und dürfen nicht entstehen. Der Verband braucht in dieser Zeit immer mehr steigender Ausgaben die vollen Einnahmen.

Dabei weisen wir alle Mitglieder auf die statutarischen Leistungen, aber auch auf die statutarischen Bestimmungen über die Beitragsentrichtung hin. Mitglieder mit größeren Resten müssen vom Unterstützungsanspruch zurückgewiesen werden, deshalb liegt es im eigenen Interesse jedes Mitgliedes, seine Beiträge pünktlich zu entrichten.

Mit den hauptsächlichsten Unternehmervereinigungen unsres Berufs sind Verhandlungen wegen der Einstellung der Kriegsteilnehmer und der Aufrechterhaltung der Betriebe im Gange. Wir hoffen zu einer Einigung und Verständigung zu kommen. Eine nennenswerte Verkürzung der Arbeitszeit vielerorts über den von der neuen Regierung in Aussicht genommenen Nachmittagsruhe wird notwendig sein. Versuche der Verkürzung der Löhne müssen abgewehrt werden. Wo an die nächste Verhandlungssitzung wenden, damit eingegriffen werden kann. Die Ortsvereinigungen werden wir von dem Ergebnis der Verhandlungen sofort unterrichten.

Kollegen und Kolleginnen! Schließt die Reihen, haltet dem Verband die Treue, sorgt für seine Ausbreitung. Die Agitation darf keinen Augenblick ruhen. In vielen Orten sind in den letzten Wochen Tausende dem Verband beigetreten. Das hohe politische und wirtschaftliche Interesse darf nicht verpuffen; wer dauernd bessern will, braucht Zusammenstoß mit seinen Klassenfeinden. Der Organisationsgedanke findet heute offene Ohren, bereitwillige Herzen. Nutzt die Zeit, wir brauchen die geschlossene Einigkeit heute und zu jeder Zeit.

die Hoffnung auf eine bessere Zeit für uns und unsre Nachkommen gibt uns Lust und Freude zu Leben. Wir jubeln dem neuen Volksstaat, der freien deutschen Republik zu, der nun Wirklichkeit geworden ist. Die Stärke der Sozialdemokratie bürgt dafür, daß die Republik, wenn sie nicht sofort den vollen Sozialismus verwirklichen kann, doch im höchsten Sinne sozial gerichtet sein wird und mit aller Kraft für den sozialen Fortschritt arbeiten wird, dem sozialistischen Ideal als Endziel entgegen.

Gewiß, die neue deutsche Republik steht vor ungeheuren Aufgaben; sie muß den furchtbaren Weltkrieg liquidieren, sie muß dem alten Deutschland eine neue feste Ordnung geben, sie muß den Fortgang des sozialen Lebens ohne jede Unterbrechung oder Störung sichern, sie muß das soziale Leben in geordneten Bahnen erhalten. Die geeinigte Kraft der Sozialdemokratie wird imstande sein, diese ungeheure Aufgabe zu bewältigen. Die deutsche Arbeiterklasse muß und wird einig sein in dem Streben, den Bau des deutschen Volksstaats so rasch wie möglich in die Höhe zu bringen und für alle seine Bewohner sozial so günstig wie möglich auszugestalten. Alle Proletarier in der Arbeiterklasse und im Waffenrock, alle ehrlich vorwärtsstrebenden Volkskräfte müssen mit Hand anlegen an das große Werk.

Es lebe das neue Deutschland!

Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

Die großen Arbeitgeberverbände haben am 15. November mit den Gewerkschaften folgende Vereinbarungen für die Uebergangswirtschaft getroffen:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden die Verteilung der Löhne (die sogen. wirtschaftsrechtliche Verteilung) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitsstellung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch die Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinnützigkeit und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Werkes durch Kollektivvereinbarungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug anzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.
7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens fünfzig Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen.
8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter.
9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit ist für alle Betriebe auf 8 Stunden festgelegt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.
10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der Schwerkranken, wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich geschultem Unterbau errichtet.
11. Dem Zentralausschuß liegt es fern, die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden federführenden Berufsverbände angefochten werden.
12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatlichen Kündigung. Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angehörigenverbänden gelten.

Der Vorstand.

Die siegreiche Revolution.

Genug des Knechtums und genug der Qualen! Der Gott des Fortschritts, den deine Sehnsucht träumt, geht durch die Welt. Und wenn aus seinen Schalen der erste Tropfen brausend überflutet, dann weh' dem Bösen, der auf ehernen Klippen das Feld zerstampft, von deinem Schwelge betäubt: Aus deinen Tränen wird die Saturnflut wachsen, die seine gold'ne Herrlichkeit erlöst!

Klara Müller-Jahnte.

Berlin, 7. November.

Bekanntmachung.

In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden.

Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit.

Ich verbiete auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.

von Einsingen, Generaloberst.

Trotz dieses heute naiv anmutenden Verbotes ist die Revolution durch Deutschland geschritten. Alle Revolutionen scheinen die Eigenart zu haben, sich nicht um obrigkeitliche Anordnungen zu kümmern, besonders dann nicht, wenn die alte Ordnung ein halbes oder ein ganzes Jahrhundert zu alt ist. Gebürtig kann man eben nicht zurückhalten; wenn es Zeit ist, wird geboren, und so auch eine neue Zeit. Ohne besondere Wehen hat sie sich vollzogen, wenn sie auch brausend wie ein Sturmwind über das Reich zog. Sie hat die Demokratisierung allüberall gebracht, um die wir ohne das Kriegsende die Revolution noch Jahrzehnte hätten kämpfen müssen. Statt daß der Krieg den Fortschritt erhöhte und die autoritäre Militärmacht fester verankerte, hat er die Macht des Proletariats geschaffen. Das Alte von gestern liegt zerstückelt am Boden und wird sich nicht wieder erheben. Die Entschlußkraft des Proletariats, und dazu gehört das Heer, die Volkswehr hat rasch und exakt gearbeitet. Sie konnte es, weil die Grundlage des neuen Staates durch die politische und gewerkschaftliche Organisation längst gewonnen war, gewonnen und aufgebaut auf einer soliden, den Verhältnissen Rechnung tragenden Weltanschauung. Die in letzter Stunde gewonnene Einigkeit der beiden sozialdemokratischen Richtungen hat

das Ihre getan, um rasch die Ordnung erstehen zu lassen. Undernfalls ließen wir Gefahr, den Staatsorganismus zu zerstören, den wir so leicht nicht wieder oder doch unter unglücklichen Mühen und Opfern erst wieder hätten aufbauen müssen.

Wer in der großen Masse des Volkes verkehrte und genau hinsah, der vernahm schon lange die Untertöne des Kommenden und nunmehr Gewordenen. Es war das Grollen der Gedrückten und Entrechteten, dem überall Worte verkehren wurden. So stehen wir am Anfang einer neuen besseren Zeit, in der das freie Menschentum sich wird entfalten können. Dem Morgenrot ist endlich der Sonnenaufgang gefolgt. Bessere Einsicht und Verstand haben gesiegt über den Unverstand der Massen. Das ist das Werk und die Frucht der jahrzehntelangen Aufklärungsarbeit unsrer Arbeiterorganisationen. Hätten wir diese Schulungsarbeit nicht geleistet, so hätten wir heute jedenfalls die Revolution im üblen Sinne des Wortes planlos ohne Fucht und Ordnung, ohne bestimmte Ziele mit dem Enderfolg der Niederlage.

Nach dem Siege dürfen wir jedoch nicht auf unsere Vorbeeren ausruhen, vielmehr gilt es den Sieg auszunutzen. Nicht Klassenrechte wollen wir schaffen, sondern Volksrechte. Auf politischen Gebiete vollste Freiheit, bei gleichem Recht für jedermann. Auf wirtschaftlichem Gebiete Anteilnahme an allen Erzeugnissen der Kultur, die wir mitgeschaffen haben, deren Träger wir waren und sind. Arbeiten sollen und wollen wir, aber nicht, um mit Schläge zu reden, wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpfenden Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgeführt wird. Der Mensch soll angstlos, mit Lust und Fröhlichkeit arbeiten und Zeit übrigbekommen, seinen Geist und sein Herz zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.

So wollen wir in gemeinsamer Arbeit ein Deutschland erstehen lassen, in dem wir uns wohl fühlen können, es soll uns ein wirkliches Vaterland werden. Wir haben allen Grund zur Freude. Die Waffenstillstandsbedingungen sind hart, gewiß, und die Friedensbedingungen werden uns vieles kosten, was uns teuer war und was wir nie in Deutschland haben weggeben wollen. Aber dafür haben wir jetzt die Sicherheit, daß nicht mehr die Launen einzelner ein Volk zur Schlachttiere führen können. Wir haben die Freiheit errungen. Wir haben endlich die revolutionäre Tradition, um die wir die andern Völker bisher beneidet haben. Wir haben aufgeräumt mit dem mittelalterlichen Blinder, der Gottesgrollen über und feudalen Vorrechte, der drückender auf Deutschland lag als auf andern europäischen Ländern. Dieser Erfolg wollen wir uns mit ganzer Freude hingeben, wenn auch die nächste Zukunft uns noch Entschörungen auferlegen wird. Aber

Neue Gesetze.

Der Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie erklärt schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerungen in Wort und Schrift sind frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

Diese Behauptung und diese Schlussfolgerung des „Vorwärts“ waren zweifellos folgerichtig. Mit gleicher Folgerichtigkeit läßt sich aber auch die Notwendigkeit und Unabweisbarkeit des Frauenwahlrechts vertreten. Auch die Frauenfrage steht heute im Zeichen der Umwälzungen, und insbesondere das Frauenstimmrecht ist heute schon in mehr Ländern vertreten, als ihrer Zahl zu zählen sind, die es noch nicht haben, es sei denn, man zöge zum Gegenbeweis das bunte, unpolitische Afrika mit heran. Der internationale Siegeszug des Frauenstimmrechts aber darf erst recht nicht an den Grenzen eines Landes halt machen, dessen revolutionäre Entwicklung eine Volksvertretung und eine Regierungsreform auf dem Boden der Demokratie erschuf. Von ihrem Standpunkt aus geht es nicht an, nun ein persönliches Regiment der Männer zu stabilisieren und die weibliche Hälfte der Bevölkerung nun doch noch von den Staatsbürgerrechten ausgeschlossen zu halten. Wir Frauen in Deutschland sind sozusagen auch „müßige Mitglieder der menschlichen Gesellschaft“.

Die Begründungen, mit denen man das Frauenwahlrecht bislang zurückwies, sind teils als unrichtig, teils als direkte Heuchelei anzusehen. Man sagt uns, man will uns das Frauenwahlrecht nicht geben, nicht weil man uns für zu gering, sondern weil man uns für zu gut hält, dieses Vorzugs teilhaftig zu werden. Wenn es der gute, alte Spießbürger ist, den die Sorge quält, durch Politisierung könne der Frau der „beste Teil ihres weiblichen Wesens“ verloren gehen, so antworten wir ihm: die Politisierung der Frau ist ohnedem nicht mehr aufzuhalten. Die Frau seiner geliebten alten Lebensform ist unabweisbar dahin, die in ihrem Innenleben eine stille, unberührte Insel der Hauslichkeit bilden konnte, unveranlaßt, den Blick über die enge Gemeinschaft der Familie hinauszuheben. Es ist aber ein enger Krämerglaube, zu meinen, daß die Frau, der man ihren heutigen Staatsbürgerpflichten und ihrem Staatsbürgerbewußtsein entsprechende Rechte gibt, deshalb eine schlechtere Gattin und eine nicht mehr so gute Mutter kommender Geschlechter sein werde. Im Gegenteil: Die Hingabe an die große Allgemeinheit innerhalb des Staates, die Mitverantwortung für die Probleme, die die Gesellschaft bewegen, werden das große Gut mehr helfen, das eine Frau als verheiratete, gütige, häusliche Wesen ihrem Manne und ihrer Familie zu sein hat. Liebe, die sich verständnisvoll auch für das Wohl der Allgemeinheit bedingt, wird dadurch nicht aufgezehrt, sondern wächst dem Schenker in immer reicheren Maße wieder zu. Hören wir aber das schöne Sprüchlein von der „Achtung vor der Frau“ von jenen bewußt realitätsfremden Kreisen verbreiten, die auch für die gleichen Staatsbürgerrechte für die Männerwelt niemals zu haben waren, so antworten wir diesen: Es werden Millionen Frauen von der brutalen Not und Sorge in die Arbeit getrieben, es werden von Millionen Frauen tagtäglich Stücke ihres Lebens an den kapitalistischen Profit gegeben, es werden Millionen Frauen in Verhältnisse gezwungen, die jegliche gesunde Entwicklung der Kinder verhindern, es werden Millionen Frauen und Männer dadurch viel gründlicher die Familien zerstört, als dies durch eine etwaige entwicklungsbedingte Folge des Frauenwahlrechts jemals geschehen könnte — und niemand von euch hatte etwas dagegen einzuwenden. In eurem Munde ist das Sprüchlein von der Achtung vor der Frau und der Sorge, den Typus Weib nicht zu zerstören, immer nur eine bewußte Heuchelei gewesen, die jedoch bei immer weniger Frauen mehr verfangen kann.

Man sagt uns auch, wir Frauen seien noch nicht reif, das Wahlrecht auszuüben. Das macht sich dann besonders schön im Munde solcher, die bisher alles getan haben, um den Bildungshunger der Frauen, ihre Bestrebungen, Bestrebungen für die öffentlichen Interessen zu gewinnen, da, wo sie sich nur zeigten, stets ins Bächerliche zu ziehen. Wir könnten demgegenüber ja leicht pathetisch werden und darin: Wer angeht die Leistungen unserer Frauenwelt in diesem Weltkrieg noch von ihrer politischen Unreife spricht, der beleidigt sie in einer Weise, wie sie schwerer nicht denkbar ist. Aber wir könnten uns auch in Schraubereien ergehen und uns darüber verbreiten, daß schon manchem Mann seine Frau mehr Weisheit gesagt hat, als er von zwanzig Männern zu hören bekam, oder daß mancher Mann gut durchsichtsmäßig ausgestattet ist und doch hinter seiner Frau um ein Beträchtliches zurücksteht. Aber wir schenken uns beides und fragen nur: Seit wann hat man denn das Wahlrecht nach der politischen Reife verliehen? Als die Konventionen in den 60er Jahren und Bismarck bei der Begründung des Norddeutschen Bundes für das allgemeine Reichstagswahlrecht eintraten, taten sie es ja gerade, weil sie die Massen ihrer Wahlberechtigten für politisch unreif hielten und sie gegen den damaligen bürgerlichen Fortschritt wie gegen die aufstrebende moderne Arbeiterklasse auszuspielen hofften. Und man hat denn die frauenrechtserheblichen Herren etwa beim alten Preußenwahlrecht die Wähler erster, zweiter und dritter Klasse nach der politischen Reife eingeteilt? Trotzdem soll jedoch gar nicht geleugnet werden, daß noch viele Frauen nicht politisch reif, sondern recht unreif und gleichgültig sind. Aber das ist bei vielen Männern auch der Fall. Sonst hätten nicht so viele, bisher wenigstens, ihr Wahlrecht nicht ausgeübt oder einen so unvernünftigen Gebrauch davon gemacht. Auf jeden Fall aber ist schon jetzt zu hoffen, daß wie bei ihnen, so auch bei den Frauen die Zahl dieser Unreifen bedeutend kleiner ist als vor dem Kriege. Und im übrigen gilt für die Frauen das gleiche wie für alle Menschen: „Der Besitz eines Rechtes ergibt den Menschen und macht ihn dazu geeignet, dieses Recht auszuüben.“ Die Frauen müssen hinaus und das Stimmrecht haben, um reif zu werden. Um ihnen das zu beschaffen, das gehört gerade zum Wesen der Demokratie. Ihre Aufgabe ist es, möglichst vielen der Volkstauglichen die volle Eignung zur gleichberechtigten freien politischen Betätigung anzuerkennen. Also auch der Frauen. Es ist geradezu beschämend, daß man auch vor Schächten, die sich demokratisch nennen, noch dafür kämpfen muß, die Frau als gleichwertigen Menschen zu behandeln.

Aber das ist es gerade, so sagt man uns weiter, daß die Frau ihrer ganzen Natur nach in diesen verstandesmäßig politischen Dingen nie dem Manne gleichwertig sein. Die Frau ist viel zu sehr Gefühls-, viel zu sehr Triebwesen, um für die politischen Dinge ein rechtes Verständnis gewinnen zu können. Wir könnten wiederum sagen, daß mancher Mann mehr Gefühlsmäßigkeit als manche Frau besitzt, ohne daß man ihm deshalb das Wahlrecht abspricht. Aber lassen wir gelten, daß die Frauennatur andersartig als die des Mannes ist. Wenn daraus folgt doch nicht, daß sie deshalb auch nicht ihm gleichwertig ist. Daß sie andersartig ist, liegt zum Teil auch an ihren jahrhundertalten ganz andern Lebensüberlieferungen. Manche Fähigkeit wird sich bei der Frau nur deshalb nicht entwickelt vorfinden, weil sie durch Erziehung, Schule, Berufs- und Arbeitsleben weder bei ihr und noch weniger bei ihren weiblichen Vorfahren der vergangenen Jahrhunderte herausgebildet wurde. Aber das bekraft nichts gegen ihre geistige Ausbildungsmöglichkeit, wenn ihr Zeit und Gelegenheit geboten wird, über ihr bisher fernliegende Dinge nachzudenken, und vor allem nichts dagegen, daß die Frau auch jetzt schon von mancher praktischen Frage des Lebens mehr versteht als der Mann und ungezählte anderer durch die Schule des Lebens und der Organisation gegangenen Arbeiterinnen auch mehr von politischen Fragen als große Kreise bürgerlicher Männer. Daß die Frau in vielen Dingen eine Einsicht und Sachkenntnis besitzt, die dem Manne abhanden gehen, haben die Erfahrungen mit ihrer Mitarbeit in gemischten Kommissionen gezeigt, die fast auf allen Gebieten besser arbeiten als einseitig zusammengehehle.

Was hat man sonst noch gegen das Frauenwahlrecht einzuwenden? Die Frauen sind nicht mit der Heeresdienstpflicht belastet. Vielleicht war der Mann, der solches sagt, selber nicht Soldat. Wir fragen einfach: Haben denn die vielen nichtgedienten Männer nicht auch das Wahlrecht? Können sie nicht sogar Abgeordnete und Regierungsmänner werden? Wir könnten auch fragen: Ist denn die Heerespflicht nicht genügend ausgeglichen durch unsere Aufgabe, die Kinder zu gebären? Das ist doch die erste Vorbedingung des späteren Soldatendienstes. Doch kann man im Ernst den ganzen Einwand überhaupt noch erheben, auch nach diesem Kriege? Wo kausende Frauen blutenden Herzens im Felde Hilfe brachten und auch ihr Leben nicht sparten? Wo Millionen Frauen Unbegreifliches opferten? Wir denken, wir lassen das.

Ober sollen wir nicht Wählerinnen sein, weil darunter der Haushalt leidet? Die Zeit zur Haushaltsführung, die der Mann und die Arbeiterin in ihrem Beruf übrig haben, wird auch die Hausfrau sich abknöpfen können, ohne daß der Haushalt deshalb gefährdet wird. Doch wozu eine Wiederholung solcher Klagen?

Wie man auch urteilen mag, ob man die Frau für reif und geeignet hält zur vollen Mitbestimmung oder nicht, fest steht, daß man keine Bedenken hegt, ihr alle Staatsbürgerpflichten hausweise aufzuerlegen. Keine Last und keine Pflicht des gesamten Lebens in Staat und Gemeinde, die nicht auch die Schultern der Frau belastet. Da soll man schon aus diesem Grunde nicht die „übergarten“ Bedenken gegen gegenüber ihrem Mitbestimmungsrecht. Und man verzeihe doch auch nicht, daß mit

ihren beanstandeten Frauenmair auch alle die wertvollen Eigenschaften zusammenhängen, die ihre Mitarbeit für Staat und Gemeinde so nützlich machen. Weil die Frau an viele edel menschliche Tat mit einem natürlichen tieferen Gefühl, mit mehr Regungen des Herzens und der Seele als mit dem Verstande herantritt, deshalb wird man sie in Zukunft erst recht nicht entbehren können, wo es gilt, aus den Ruinen der geschlagenen Welt neues Leben und neue Werte hervorzufragen. Dafür gebrauchen wir mehr Weibtum, mehr Mittel, mehr Kräfte. Die Frauen würden sich ja doch mit diesen Aufgaben auseinandersetzen. Aber sie sollen nicht mehr gezwungen sein, es außerhalb des organisierten Selbstbestimmungsapparates zu tun, als nur Volkswahlrechte, aber nicht Volkserrechte. Wir bekommen jetzt unser Wahlrecht. Die Ereignisse werden es uns geben. Heute noch kann die Frage entschieden werden mit den bürgerlichen Parteien. Morgen vielleicht schon gegen sie. Die Entwicklung geht jetzt mit Blitzgeschwindigkeit. Gelangen wir zum Sieg ohne das Zutun der bisherigen Frauenwahlrechtsgegner, einzig durch die Volksbewegung und die Macht der Sozialdemokratie, dann allerdings wird diese um so geträgtiger auf dem Plan verbleiben. W. R.

Geldknappheit eine Folge der Geldhamsterei.

Eine der verwirrendsten Erscheinungen in der letzten Zeit ist die Zurückbehaltung des Bargeldes, wodurch der Allgemeinheit die größten Schwierigkeiten erwachsen. Die Banken waren in den letzten Tagen wegen Mangels an andern Zahlungsmitteln schon gezwungen, sich in großem Umfang der als gesetzliches Zahlungsmittel erklärten Zinsscheine der Kriegsanleihe zu bedienen. Die Bevölkerung muß sich aber klar darüber sein, daß sie das Gemeinwohl auf schwerste gefährdet, wenn durch die Geldhamsterei große Betriebe nicht in der Lage sind, ihre Arbeiter zu entlohnen. So war, um nur ein Beispiel anzuführen, die Pulverfabrik Düneberg nicht imstande, ihren 18 000 Arbeitern und Arbeiterinnen den verdienten Lohn voll auszuzahlen. Mehllich lag es bei einer Anzahl anderer Firmen im ganzen Reich.

Was befürchten denn die Geldhamster, die mit ihrem Tun ein beschämendes Beispiel von Kleinmütigkeit geben? Die Beschlagnahme ihrer Guthaben bei Banken und Sparkassen? Diese Auffassung ist so sinnlos, daß auch nicht ein Wort darüber gesagt zu werden braucht. Aber selbst, wenn es so sein sollte, glaubt man denn, daß man dann die „Geldleute“ nicht zu finden wüßte? Aber an solche Möglichkeit braucht, wie gesagt, nicht im entferntesten gedacht zu werden. Durch die Geldhamsterei werden, wie der Präsident Dr. Habenstein in einer Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank ausführte, für die Allgemeinheit zu allen andern Schwierigkeiten auch noch solche heraufbeschworen, die sich mit Einsicht ohne weiteres vermeiden lassen.

Die Zurückbehaltung des Geldes hat absolut keinen Sinn. Denn wenn schon einmal alles drunter und drüber ginge, wären doch diese bedruckten Zettel zu Hause auch keinen Pfennig mehr wert als das Konto bei der Bank oder die Reichsanleihe im Tresor.

Wer also Geld hamstert, der beweist eine Unwissenheit und Verständnislosigkeit über unser Geldwesen, die bedauerlich ist. Allerdings ist diese Verständnislosigkeit auf eine Unterlassungsstufe unserer Schule zurückzuführen, die im Punkte staatsbürgerliche Aufklärung bis jetzt versagt hat.

Um die Knappheit der Geldumlaufmittel zu beheben, hat der Bundesrat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinsscheine der fünfprozentigen Reichskriegsanleihe als „gesetzliches Zahlungsmittel“ gelten sollen. Die Ungewohntheit dieses Zahlungsmittels hat wohl mit Veranlassung gegeben, daß bei Auszahlung von Löhnen die Arbeiter vereinzelt die Zinsscheine zurückgemieden haben. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Zinsscheine gleichwertig und gleichberechtigt sind mit allen andern anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrag nicht nur von allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Sie sind besonders kenntlich durch einen grünen Unterdruck und durch ein deutliches lateinisches „q“ in der rechten oberen Ecke, sowie durch den Vermerk: „Halbjährige Zinsen, zahlbar am 2. Januar 1919 mit 2 Mt. 50 Pf.“ oder 5 Mt., 12 Mt. 50 Pf., 25 Mt., 50 Mt., 125 Mt., 250 Mt., 500 Mt. Die oberste Reihe des Aufdruckes lautet bei allen diesen Zinsscheinen: „5proz. Anleihe des Deutschen Reiches von 1915“ oder 1916, 1917, 1918 „(uk. 24)“. Ebenso tritt keine Entwertung der Zinsscheine ein. Entsprechend dem die Fälligkeit bezeichnenden Aufdruck werden sie vom 2. Januar 1919 an gegen andre gesetzliche Zahlungsmittel eingelöst. Bis dahin sind sie, wie bemerkt, selbst gesetzliches Zahlungsmittel. Die Arbeiter erfahren also nach keiner Richtung hin eine Schädigung, wenn sie diese Zinsscheine in Zahlung nehmen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Arbeiterforderungen an die chemische und Sprengstoffindustrie in Köln.

Eine erweiterte Vorstandssitzung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Köln, zu der auch die Vertrauensleute und Obmänner von den Arbeiterausschüssen der chemischen und Sprengstoffindustrie sowie der staatlichen Werke zugegen waren, beschäftigte sich am 7. November mit den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen im Reich. Die Verhältnisse in den einzelnen Werken wurden eingehend besprochen und festgestellt, daß eine große Unzufriedenheit innerhalb der Arbeiterschaft zu verzeichnen ist. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht erreicht worden; Verhandlungen darüber mit den Arbeitgebervertretern seien zwar versprochen, aber von den Unternehmern nicht gehalten worden. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Einführung von demokratischen Reformen nicht nur politisch, sondern auch in den wirtschaftlichen Betrieben zur Durchführung kommen müsse. In den Betrieben ist noch der alte konservative Geist vorhanden, der im Interesse der Arbeiterschaft unbedingt ausgerottet werden muß. Auch wirtschaftlich will die Arbeiterschaft mitregieren. Es wurde daher beschlossen, folgende Forderungen den Unternehmern zugehen zu lassen:

1. Anerkennung der Organisation als die Sekretung der Arbeiterschaft.
2. Einziehung der Gewerkschaftssekretäre zu allen Verhandlungen, die sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigen.

3. Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben nur nach Anhörung und Zustimmung des Arbeiterausschusses zu erfolgen. Alle sonstigen Verordnungen und Reformmaßnahmen sind vorher mit den Arbeiterausschüssen zu beraten.
4. Unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse hat der Einkauf und die Verteilung der Lebensmittel sowie die Kontrolle über die Fabrikflächen zu erfolgen. Die Beamtenflächen sind abzuschaffen und die Einheitsküche einzuführen.

Hertwig.

Die neue Gasmasken der Franzosen.

Die nachfolgenden Ausführungen, die in der Hauptsache den Arbeiterschutz in der chemischen Industrie im Auge haben, hat der Kollege Lamprecht (Höchst) am 8. Mai dem „Proletarier“ zwecks Abdruck zur Verfügung gestellt. Kollege Lamprecht schildert aus eigener Erfahrung und Beobachtung im Felde. Leider hat die Zensurstelle des 10. Armeekorps (Hannover) damals den Abdruck verboten, weshalb, ist uns auch heute noch ein Rätsel, um so mehr, als die Frankfurter „Volksstimme“ (Nr. 121 vom 27. Mai 1918) die Ausführungen bringen konnte. Lamprecht schreibt:

„Nach Aussagen von gefangenen Franzosen soll sich die bisher von ihnen benützte Gasmasken (sog. M 2) nicht besonders bewährt haben, weshalb man eine neue, im Grundgedanken der deutschen ähnliche Maske herstellte. Die Franzosen benutzen einen gummierten Stoff, der in Gesichtsförm zusammengeknüpft ist; rings herum liegt ein Rahmen, an welchem die Kopfbänder sitzen. Durch das Anziehen der Bänder drückt sich der Rahmen an das Gesicht und dichtet somit vollständig ab. Der Stoff oder sog. Körperkern trägt drei Abächer, und zwar zwei für die Zellmasse hergestellten Augengläser, während das dritte den Mundstiel aufnimmt, in welchen der Einsatz eingeschraubt wird. Dieser Einsatz ist mit Chemikalien und Holzkohle gefüllt und soll die einzuatmende Luft von den schädlichen giftigen Gasen reinigen. Er ist somit der wichtigste Teil der Maske. Denn während die Maske das Gas von Gesicht und Augen abhalten soll, muß der Einsatz die einzuatmende Luft brauchbar machen. Es dürfte einleuchten, wenn man an Gift und Gegengift denkt, daß durch die verschiedenartigste Zusammenstellung des Einsatzes ein guter Schutz erreicht werden kann. Um nun bei der aufgesetzten Maske das lästige Anlaufen der Augengläser zu vermeiden, hat der Franzose im Innern zwei kleine Taschen, die unter den Augengläsern münden und mit dem Einsatz in Verbindung stehen. Dadurch muß die eingatmete Luft an der inneren Fläche der Augengläser vorbeistreichen und ein Anlaufen verhüten. Ein Nachteil ist vielleicht, daß dadurch die kalte Luft auch an den Augen vorbeistreibt. Im Einsatz befindet sich eine Klappe (Ventil), die sich beim Einatmen öffnet und beim Ausatmen schließt, wodurch dann die ausgeatmete Luft durch ein andres Ventil ins Freie gelangt. Der Franzose erreicht damit, daß der Einsatz nicht durch die ausgeatmete verbrauchte, feuchte Luft unnötig abgenutzt wird. Ein recht guter Gedanke.“

Wenn nun dieser wahnsinnige Krieg zu Ende ist, und die Archive der Kriegführenden öffnen sich, wird sicher manche gute Erfahrung für den Arbeiterschutz und insbesondere für die chemische Industrie nutzbringend verwendet werden können.

Es dürfte vielleicht recht lehrreich sein, wenn unsere Kollegen, die laut Jahresbericht der Berufsorganisation der chemischen Industrie heute schon ihr Tagewerk mit der deutschen Maske vollbringen, die gemachten Erfahrungen im „Proletarier“ bekanntgeben würden.“

Wir bedauern, daß diese Zeilen durch die Verständnislosigkeit einer Zensurstelle erst heute der Mitgliedschaft bekanntgegeben werden können. Selbstverständlich sollen alle Erfahrungen des Krieges in weitestem Maße dem Arbeiterschutz dienstbar gemacht werden, soweit diese Erfahrungen auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes liegen.

Papier-Industrie

Der Machtbereich des Papiergarnkönigs.

Im August fand in der „Frankfurter Zeitung“ eine Auseinandersetzung zwischen einem Textilindustriellen und dem Hartmannkonzern statt, aus der der Einfluß des geistigen Leiters dieses Konzerns, des Hofrats Wilhelm Hartmann, auf die Textil- und Papiergarnindustrie und teilweise auch auf die Papierfabrikation hervorgeht. Herr Hofrat Hartmann ist als Führer des Hartmannkonzerns an den Papierfabriken der „Textil-Union“, an den Papiergarnspinnereien und -webereien der „Vereinigten Textilwerke“ interessiert und in der neugegründeten „Faserstoffvertriebs-Gesellschaft“ als Aufsichtsratsvorsitzender tätig. Sein Einfluß erstreckt sich auf 212 Betriebe der Papierfabrikation, Papiergarn- und Textilindustrie. Außerdem ist er noch Leiter des Kriegsausschusses für Textilierstoffe. Der Papiergarnkönig ist nicht nur ein vielseitig beschäftigter, sondern auch ein sehr mächtiger Mann, der es verstanden hat, während der Kriegszeit fast die ganze Papiergarnindustrie unter seine Fuchtel zu bringen und dessen Macht sich selbst im Bereich der Spinnpapierfabrikation stark bemerkbar macht.

Der Werdegang des Papiergarnkonzerns erfüllt selbst die übrigen Textilbarone mit Grauen, die sich bereits ebenfalls in den Fingern des Konzerns fühlen. Diese befürchten, daß die Konzentration von Leitung und Ueberführung der großen Industriezweige bei einzelnen Großen diesen neben dem starken volkswirtschaftlichen Einfluß auch eine außerordentliche Steigerung ihrer privatwirtschaftlichen Machtphäre ermöglicht, und daß sich dann tatsächlich in einzelnen Fällen eine Turfbildung aufbauen kann, deren Bedeutung und Wirkung weit über das Kriegswirtschaftlich Notwendige hinaus sich durchstößt.

So unrecht sind die Befürchtungen dieser Einzel-Industriellen nicht. Wie der Textilindustrielle in der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. August 1918 ausführt, ist die deutsche Papiergarnspinnerei in ein Abhängigkeitsverhältnis zu dem Hartmannkonzern geraten, da dieser sich rechtzeitig die Hauptmengen des deutschen Spinnpapiers gesichert hat, so daß die Papiermüllereien gezwungen wurden, feinere Garne für den Privatbedarf herzustellen. Dadurch seien so viel von diesen Garnen hergestellt worden, daß der Absatz zu floden begann, als die Nachricht von einer Höchstpreisherabsetzung für feinere Papiergarne durch die Presse ging. Der Hartmannkonzern soll an dieser Preispolitik nicht ganz unbeteiligt ge-

